



Rede zum 65. Jahrestag des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953

Rainer Eppelmann

Juli 2018

Zusammenfassung

Die DDR war eine Diktatur. Besonders deutlich wurde das am 17. Juni 1953, als Ruf der Menschen der nach Freiheit und Demokratie in Leipzig und in vielen anderen Orten Ostdeutschlands blutig niedergeschlagen wurde. Die kontinuierliche Auseinandersetzung mit dem, was die Demokratie und was eine Diktatur ausmacht, ist und bleibt für unsere ganze Gesellschaft von sehr großer Bedeutung. Erinnerung und Aufarbeitung können zwar das Unrecht nicht ungeschehen machen – aber sie können die Wiederholungswahrscheinlichkeit entscheidend verringern und auch der nachfolgenden Generation sichere Orientierung bieten.

Das ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Was war die DDR für ein politisches System? Nach dem festen Willen und der Überzeugung der regierenden SED war die DDR eine Diktatur, angeblich die des gesamten „Proletariats“. Vier historische Daten genügen, um den diktatorischen Charakter des SED-Staates zu verdeutlichen: Am 8. Mai 1945 wurde nach der Kapitulation und Befreiung umgehend mit dem Aufbau des sozialistischen Systems begonnen. Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 beendete die Illusion der neuen Machthaber, dass das Volk hinter diesem Aufbau stand. Der Mauerbau am 13. August 1961 schließlich beendete die Massenflucht von bis dato rund vier Millionen Menschen aus der DDR. In den Jahren darauf wurde der SED-Staat zwar nach und nach international anerkannt, die wirtschaftliche Lage aber wurde nicht dauerhaft verbessert und geriet schließlich in einen andauernden Krisenmodus. Mit dem Mauerfall vom 9. November 1989 und der Friedlichen Revolution in der DDR schließlich wurde erreicht, was die Menschen am 17. Juni 1953 noch verwehrt wurde: Freiheit und Demokratie in ganz Deutschland.

Der Volksaufstand in der DDR vom 17. Juni 1953 zeigt das Unrecht und die Gewalttätigkeit der Diktatur deutlich auf, aber auch den Willen der Menschen zur Freiheit. 2018 jährt er sich zum fünfundsechzigsten Mal. An diesem Schicksalstag ostdeutscher Freiheitsgeschichte versuchten die DDR-Bürger, die Diktatur der SED-Staatsmacht zu brechen. Doch ihr Aufbegehren wurde gewaltsam erstickt, während die Menschen im Westen hilflos zusehen mussten. Bis 1990 war der 17. Juni deshalb in der Bundesrepublik Feier- und Gedenktag: der so genannte „Tag der deutschen Einheit“. Als die Einheit am 3. Oktober 1990 dann schließlich Wirklichkeit wurde, geriet der 17. Juni 1953 leider in den Hintergrund. Heute spielt er in der breiten Öffentlichkeit nur noch eine geringe Rolle. Das bedaure ich sehr und deswegen spreche ich mich immer wieder – so auch heute – dafür aus, das Gedenken an diesen Tag mit neuem Leben zu füllen. Viele haben zwar schon einmal von diesem lange zurückliegenden Datum 17. Juni 1953 gehört, sind sich dabei aber oft nicht seiner Bedeutung bewusst. Das gilt natürlich vor allem für junge Menschen, die die Zeit der deutschen Teilung nicht mehr selbst erlebt haben.

Was also ist an diesem deutschen Schicksalstag eigentlich geschehen? Zu den Ereignissen in Leipzig schreibt die Historikerin Heidi Roth¹: „Im Juni 1953 sollte Leipzig ein besonderes Fest erleben: SED-Chef Walter Ulbricht – „Initiator des 5-Jahres-Plans, Förderer der Jugend und des Sports“ – würde am 30. Juni seinen 60. Geburtstag begehen. In seiner Geburtsstadt Leipzig sollten die tagelangen Feierlichkeiten ihren Höhepunkt erreichen. Die Vorbereitungen dazu waren seit Monaten in vollem Gange: Ein Tag des Massensports, die Eröffnung einer Ulbricht-Ausstellung im Alten Rathaus, seine Ernennung zum Ehrenbürger und schließlich am 30. Juni die Umbenennung des Martin-Luther-Rings auf seinen Namen, abends dann auf dem Karl-Marx-Platz (jetzt wieder Augustusplatz) eine Huldigung für den Jubilar durch einen Volksaufmarsch. Jedoch, allein Letzteres trat ein, allerdings 13 Tage früher. Da tat das Volk seine wirkliche Meinung kund.“

Als am Vormittag des 17. Juni FDJ-Funktionäre in ihrer Leipziger Zentrale in der Ritterstraße über – wie es auf der Tagesordnung hieß – „wichtige Fragen: Sport- und Kulturfest“ zum Ulbricht-Jubiläum diskutierten, marschierten aufgebrachte Leipziger wenige Meter von ihnen entfernt durch die Innenstadt und forderten die Ablösung des ersten Mannes im SED-Staat. Die Leipziger SED-Führer hatten in den Tagen und Wochen zuvor alle Warnzeichen ignoriert. Paul Fröhlich, seit Ende 1952 Erster SED-Bezirkssekretär, musste später eingeste-

¹ Vgl. im f.: Roth, Heidi: Leipzig und Görlitz. Die SED zeigt sich hilflos. In: Mählert, Ulrich (Hg.): Der 17. Juni 1953. Ein Aufstand für Einheit, Recht und Freiheit. Bonn 2003; S. 77 ff.



hen, dass es nicht einen Betrieb in Leipzig gegeben hatte, in dem nicht die Forderung nach Ulbrichts Rücktritt gestellt worden war, und das bereits Tage vor dem Aufstand.

Erst in der Nacht vom 16. zum 17. Juni 1953 waren SED-Funktionäre in vier Leipziger Großbetriebe geschickt worden, um die „tatsächliche Massenstimmung“ der Arbeiter und insbesondere der SED-Mitglieder zum „Neuen Kurs“ zu erfassen. Noch während die „Analysegruppen“ mit der Abfassung ihrer Berichte beschäftigt waren, überschlugen sich die Ereignisse. Meldungen über Arbeitsniederlegung der Nachtschicht im IFA-Getriebewerk Liebertwolkwitz, dem großen VEB in einem südlichen Vorort, erreichten die Leipziger SED-Bezirksleitung und die Diensthabenden der Stasi gegen 3 Uhr nachts, noch bevor sie aus ihren Ost-Berliner Zentralen wenig später auf mögliche „Provokationen“ vorbereitet wurden.

Sofort schickte die Stasi drei Mitarbeiter in den Betrieb, um zu verhindern, dass die Frühschicht „negativ“ beeinflusst würde. Doch ohne Erfolg: „Trotz aller Aufklärung gelang es nicht, die Arbeiter zu beruhigen“. Im Gegenteil, die Arbeiter der anschließenden Frühschicht führten den Streik nicht nur weiter, sondern sie zogen kurz vor Mittag auf die Straßen von Liebertwolkwitz, wo sich ihnen sofort Belegschaften umliegender Betriebe anschlossen. Losungen wie „Nieder mit der Regierung“, „Nieder mit der VP“, „Weg mit der HO“, „Wir fordern besseres Leben“ wurden skandiert. Ein Teil des Zuges setzte sich Richtung Innenstadt in Bewegung. Zur gleichen Zeit wie die Getriebewerker legten Bauarbeiter der Leipziger Bauunion auf einer Baustelle im VEB Nagema in Schkeuditz, einem nordwestlichen Vorort, ihre Arbeit nieder. Die Bauarbeiter richteten über die Telefone der Bauleitung ihre Forderungen an die Direktion: Abschaffung des Leistungslohns, Herstellung des Lebensstandards von 1938, Lohnerhöhungen und Rücktritt der Regierung.“ Soweit der Bericht über die Entwicklung in Leipzig.

Wie in der Messestadt gingen am 17. Juni 1953 überall in der DDR die Menschen massenhaft auf die Straße. Die „harten Fakten“ dieses Aufstandes sind rasch berichtet: Rund eine Million Menschen beteiligten sich zwischen dem 16. und 21. Juni in mehr als 700 Städten und Gemeinden der DDR an Streiks, Demonstrationen oder Kundgebungen. In über 1000 Betrieben und Genossenschaften ruhte die Arbeit. Rund 160 öffentliche Gebäude wurden gestürmt, zum Teil verwüstet. Darunter befanden sich fünf Kreisdienststellen des Ministeriums für Staatssicherheit, die Bezirksleitungen der SED in Halle und Magdeburg, sieben SED-Kreisleitungen, sechs Gebäude des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, eine Bezirksdirektion der Volkspolizei, acht VP-Revier, elf Kreisräte und mindestens 18 Gemeindeverwaltungen. Vor 22 Gefängnissen versammelten sich Demonstranten mit dem Ziel, die politischen Häftlinge zu befreien. Aus zwölf Haftanstalten kamen ca. 1400 Häftlinge frei.

Was als sozialer Protest begann, hatte sich bereits am 16. Juni in Berlin zu einer politischen Manifestation entwickelt. Am 17. Juni 1953 formulierten die Menschen allerorts zwar auch soziale Losungen. Doch es waren die politischen Forderungen der Demonstranten, die die SED-Diktatur herausforderten und in ihren Grundfesten erschütterten. Am frühen Nachmittag des 17. Juni 1953 war diese zweite deutsche Diktatur de facto gestürzt. Es bedurfte sowjetischer Panzer, um den Aufstand niederzuschlagen. Am 17. bzw. 18. Juni 1953 hatten die Sowjets in mehr als drei Viertel aller Land- und Stadtkreise den Ausnahmezustand ausgerufen, der in Berlin, Halle und Leipzig bis zum 11. Juli aufrechterhalten wurde.

Diktatur oder Demokratie? Das war die Schicksalsfrage der Deutschen im 20. Jahrhundert, und sie wird es für uns auch noch heute und in der Zukunft bleiben! Die kontinuierliche Auseinandersetzung mit dem, was die Demokratie und was eine Diktatur ausmacht, ist und bleibt für unsere ganze Gesellschaft von sehr großer



Bedeutung. Ich selber habe beides erfahren: Fand der erste Teil meines Lebens noch unter den diktatorischen Verhältnissen in der DDR statt, so lebe ich mittlerweile fast 30 Jahre im wiedervereinigten demokratischen Deutschland. Aufgrund meiner Erfahrungen bin ich der festen Überzeugung, dass nur derjenige, der weiß, wie das Leben in der Unfreiheit der Diktatur wirklich war (ganz unabhängig davon, ob er selbst in ihr leben musste), auch heute den Wert von Demokratie und Freiheit zu schätzen vermag – und nur damit politischen Extremisten jeglicher Couleur die Stirn bieten kann. Aus diesem Grund ist für uns die Erinnerung an unsere doppelte deutsche Diktaturgeschichte so wichtig. Erinnerung und Aufarbeitung können zwar das Unrecht nicht ungeschehen machen – aber sie können die Wiederholungswahrscheinlichkeit entscheidend verringern und auch der nachfolgenden Generation sichere Orientierung bieten! „Erinnerung als Auftrag“ – unter diesem Motto, das aus dem Gesetz des Deutschen Bundestages von 1992 zur Einrichtung der Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der SED-Diktatur hervorging, steht auch heute unser Einsatz für Demokratie und Freiheit.

Ich möchte an dieser Stelle den großen Václav Havel zitieren, der einmal gesagt hat: „Hoffnung ist nicht die Überzeugung, dass etwas gut ausgeht, sondern die Gewissheit, dass etwas Sinn hat, egal, wie es ausgeht.“ Die Demonstranten von 1953 hofften, dass ihr Protest gut ausgeht – aber sie wussten es nicht. Viele haben ihre Zivilcourage teuer bezahlen müssen – aber es war nicht umsonst! Es bedurfte sowjetischer Panzer, um den Aufstand niederzuschlagen. Wäre die Sowjetarmee in den Kasernen geblieben, hätte die SED ihre von Moskau geliehene Macht nicht wiedererlangen können.

Aber was hat das alles mit uns heute in der Demokratie zu tun, was mit uns selbst? Diejenigen, die sich in der DDR einmischten, die gegen Machtmissbrauch und staatliche Ungerechtigkeit oder gegen praktizierte Unmenschlichkeit wehrten, wurden oft benachteiligt, bestraft, verfolgt. Sie wurden zu Opfern der Diktatur oder verließen verbittert, oft unter großen Gefahren, ihre Heimat. Manche unter uns leiden bis heute unter dem Unrecht und der Gewalt, die sie in einer oder sogar in den zwei deutschen Diktaturen erleiden mussten. Ihnen gehört unsere Sympathie und Solidarität. Unser ganzer Einsatz sollte auch in unserem eigenen Interesse der weiteren Gestattung, Verbesserung und Verteidigung unserer demokratischen Grundordnung dienen! Was das im alltäglichen Leben eines jeden von uns bedeuten kann, beschreibt auf wunderbare und beeindruckende Weise ein Gedicht des Theologen und Schriftstellers Lothar Zenetti, mit dem ich schließen möchte:

„Was keiner wagt, das sollt ihr wagen,
Was keiner sagt, das sollt ihr sagen,
Was keiner denkt, das wagt zu denken,
Was keiner anfängt, das führt aus.

Wenn keiner ja sagt, sollt ihr's sagen,
Wenn keiner nein sagt, sagt doch nein.
Wenn alle zweifeln, wagt zu glauben,
Wenn alle mittun, steht allein.

Wo alle loben, habt Bedenken,
Wo alle spotten, spottet nicht,
Wo alle geizen, wagt zu schenken,
Wo alles dunkel ist, macht Licht.“



Anmerkungen: Gedenkrede des Autors am 17. Juni 2018 anlässlich der Gedenkveranstaltung für die Opfer des 17. Juni 1953 am Denkmal „Panzerspuren“ in Leipzig.

Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

Über den Autor dieses Beitrags

Rainer Eppelmann ist Vorstandsvorsitzender der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Bürgerrechtler, Minister für Abrüstung und Verteidigung.

Geboren im Februar 1943 in Berlin; 1966 Verweigerung des Wehrdienstes mit der Waffe und des Fahneideis, acht Monate Haft; 1969-75 Studium der Theologie; 1974-89 Pfarrer in der Berliner Samaritergemeinde, zugleich Kreis-Jugendpfarrer; Organisation von umstrittenen Bluesmessen und anderen Veranstaltungen der kirchlichen Gemeinde- und Jugendarbeit; 1982 gemeinsam mit Robert Havemann Autor des Berliner Appells "Frieden schaffen ohne Waffen"; massive Bearbeitung durch das MfS; Sept. 1989 Mitbegründer der Partei Demokratischer Aufbruch; 1990 Abgeordneter der Volkskammer in der Fraktion CDU/DA; ab April Minister für Abrüstung und Verteidigung in der Regierung Lothar de Maizière; 1990-2005 Abgeordneter des Deutschen Bundestags; 1992-98 Vorsitzender der Enquete-Kommission "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland", anschließend der Enquete-Kommission "Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit" des Deutschen Bundestags; seit 1998 Vorstandsvorsitzender der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.



Rainer Eppelmann